NACHRICHTEN AG
Deutschland

21. März 2025

Österreichs Hunde-Trainer im Aufruhr: Beißtraining Verboten!

Der ÖKV steht nach dem Verbot von Beißtraining vor Herausforderungen. Präsident Ita polarisiert die Mitglieder, während Tierschutz-Politiker Reformen fordern.

Österreich - Die Tierschutzdebatte in Österreich hat nach dem Verbot des Beißtrainings für Hunde neue Wellen geschlagen. Wie die **Krone** berichtet, führte die Entscheidung von Minister Johannes Rauch (Grüne), ab dem 15. April derartige Trainings zu verbieten, zu erheblichem Unmut innerhalb des Österreichischen Kynologen Verbands (ÖKV). Präsident Philipp Ita steht unter Druck, da die kritisierenden Stimmen auch aus den eigenen Reihen laut werden. Anstatt konstruktive Lösungen zu erarbeiten, wird die von der Regierung vorgeschlagene Änderung letztlich als eine Art Frontalangriff auf die alteingesessenen Praktiken betrachtet. Viele im Verband sehen sich durch die neuen Regelungen in ihrer Profession und ihren Methoden in Frage gestellt.

Die Diskussion um den Tierschutz zeigt deutlich, dass die Zeit für Reformen drängt. In den letzten 15 Jahren hätte der ÖKV bereits an geeigneten Maßnahmen arbeiten können, um den Tierschutz im Hundesport zu verbessern. Dennoch bleibt man vor allem bei alten Strukturen hängen und scheint sich gegen Veränderungen zu wehren. Kritiker bemängeln, dass der Verband statt mehr Transparenz und neue Standards zu fordern, falsche Schreckensszenarien beschwört — so wird ein angeblicher Mangel an Diensthunden in der Polizei und dem Militär als Argument verwendet, um gegen das Verbot zu kämpfen. Letztendlich zeigt die Debatte, dass ein Umdenken in

der Hundezucht und -ausbildung notwendig ist, um den Ansprüchen an Tierschutz gerecht zu werden.

Tierschutz in der Politik im Fokus

Parallel dazu reift in Deutschland die Frage, wie im Vorfeld der Bundestagswahl am 23. Februar effektiver Tierschutz gewährleistet werden kann. Der **Bundesverband Menschen für Tierrechte** hat die Wahlprogramme der Parteien untersucht, und es zeigt sich, dass das Thema Tierschutz keine Priorität hat. Die meisten Parteien behandeln Tierschutz lediglich im Kontext der Landwirtschaft. So schlägt die CDU/CSU sogar vor, Ernährungssicherung als Staatsziel im Grundgesetz zu verankern, während Tierschutz vollkommen ignoriert wird. Der Blick richtet sich auch auf die SPD und die Grünen, die zwar Ansätze für eine verbesserte Tierhaltung formulieren, in der Gesamtdebatte jedoch hinter den Erwartungen zurückbleiben.

Die anhaltende Klimakrise und das Artensterben verschärfen die Situation weiter. Daher ruft der Bundesverband Menschen für Tierrechte dazu auf, die Stimme für eine demokratische Partei abzugeben, die klar für den Tierschutz eintritt. In einer Zeit, in der rasche Änderungen im Tierschutz erforderlich sind, könnte das Wahlverhalten am 23. Februar über die Zukunft des Tierschutzes entscheiden. Es bleibt abzuwarten, ob dies den Druck auf die Verbände und die politischen Entscheidungsträger erhöhen wird, um konsistente und fortschrittliche Tierschutzmaßnahmen zu implementieren. Der Countdown läuft!

Details	
Ort	Österreich
Quellen	• **www.krone.at** • **www.tierrechte.de**

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at